



Alternative
Hauptstadtfraktion



Der terroristische Anschlag auf dem CSD in Berlin am 25. Juli 2026:

Ein Versagen staatlicher
Gesamtverantwortung beim
Schutz der Bevölkerung

29. Juli 2026

Eine verlorene Dekade der Berliner Sicherheitspolitik

Am 25. Juli 2026 wurden im Umfeld des Berliner CSD eine 65-jährige polnische Staatsbürgerin getötet und 31 Menschen verletzt. Unsere Anteilnahme gilt ihrer Familie, den Verletzten und allen Betroffenen.

Knapp zehn Jahre nach dem Breitscheidplatz-Attentat steht Berlin erneut vor derselben bitteren Realität: Ein bekannter Islamist, vorhandenes Wissen über seine Radikalisierung, zersplitterte Zuständigkeiten – und am Ende kein wirksamer Schutz der Bevölkerung vor islamistischem Terror.

Die Gefahren waren seit Jahren bekannt. Dennoch wurden notwendige Konsequenzen nicht gezogen, falsche sicherheitspolitische Prioritäten gesetzt und die Probleme bloß weiter verwaltet. Die verheerende Bilanz ist eine verlorene Dekade der Berliner Sicherheitspolitik im Angesicht des islamistischen Terrors.

Die den Sicherheitsbehörden hinlänglich bekannten Gefahren müssen ernst genommen und entschlossen bekämpft werden. Sicherheit darf nicht länger an tödlicher Naivität, fehlendem politischen Willen, Ignoranz oder abgeschobener Verantwortung scheitern.

Der Staat muss sein Schutzversprechen gegenüber den Bürgern endlich wieder erfüllen.

Daher fordert die AfD-Hauptstadtfraktion:

1. GEFÄHRLICHKEIT BEI HAFT- UND BEWÄHRUNGSENTSCHEIDUNGEN VERBINDLICH BERÜCKSICHTIGEN

Risikobewertungen des GTAZ und Gefährdereinstufungen müssen dem Gericht vor jeder Haftentscheidung über einen verbindlichen, dokumentierten Übermittlungsweg rechtzeitig vorliegen; umgekehrt müssen Sicherheitsbehörden von Haftentlassungen unverzüglich erfahren.

2. ELEKTRONISCHE FUSSFESSEL UND STRENGER AUFLAGENKATALOG FÜR GEFÄHRDER

Fester Auflagenkatalog bei eingestuften Gefährdern: kein Erwerb, keine Anmietung und kein Führen von Kraftfahrzeugen, Verbot waffentauglicher Gegenstände und enge Meldepflichten. Elektronische Aufenthaltsüberwachung nach § 29b ASOG – seit dem 24. Dezember 2025 in Kraft und im Fall Ballout nicht angewandt – mit gerichtlich festgelegter Zone, 24/7-Auswertung und Reaktion. Jede Herabstufung der persönlichen Observation ist als Leitungsentscheidung mit Datum, Risikostand und Begründung zu dokumentieren; für jede technische Maßnahme ist vorab festzulegen, ob sie der Beweissicherung oder der Gefahrenabwehr dient.

3. KEINE VORBEWÄHRUNG BEI SCHWEREN STAATSSCHUTZDELIKTEN

Vorbewährung bei schweren terroristischen Staatsschutzdelikten ausschließen. Bei solchen Delikten soll auf Heranwachsende in der Regel Erwachsenenstrafrecht angewandt werden; die Anwendung des Jugendstrafrechts bleibt eine begründungspflichtige Ausnahme. Die Aufhebung eines Haftbefehls bei eingelegtem Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft ist gesondert und schriftlich unter Würdigung der aktuellen Gefahrenprognose, der gesetzlichen Haftgründe und der Verhältnismäßigkeit zu begründen.

4. PRÄVENTIVGEWAHRSAM UND KONTAKTVERBOTE FÜR HOCHRISIKOGEFÄHRDER

Der Verstoß gegen gerichtlich festgelegte Zonen, Kontaktverbote oder sonstige Auflagen muss unverzüglich eine Haftprüfung auslösen. Die im Dezember 2025 geschaffenen Instrumente müssen bei Hochrisikogefährdern auch angewandt werden: Die Einstufung in die höchste Risikokategorie muss unverzüglich eine gerichtliche Entscheidung über Aufenthaltszone, Kontaktverbot und Gewahrsam auslösen. Darüber hinaus halten wir an unserem Änderungsantrag vom 2. Dezember 2025 fest, der eine Gewahrsamsdauer nach bayerischem Vorbild vorsah und von CDU und SPD abgelehnt wurde.

Für die höchste Risikokategorie wird über den Bundesrat eine Präventivhaft geschaffen – mit gerichtlich überprüfter Gefahrprognose, Richtervorbehalt, enger Befristung und verpflichtender Wiedervorlage. Hinzu kommen Kontaktverbote zu extremistischen Personen und Netzwerken sowie die Löschung oder Sperrung einschlägiger Social-Media-Accounts nach Verurteilung und auf gesetzlicher Grundlage.

5. GEFÄHRDERÜBERWACHUNG TRANSPARENT MACHEN

Halbjährlicher Bericht über Zahl, Status, laufende Verfahren und aggregierte Observationsintensität; mindestens lückenlos, zeitweise oder aktuell keine Observation; Veränderungen der Risikostufen soweit möglich.

6. VOLLSTÄNDIGE AKTENVORLAGE UND PARLAMENTARISCHE AUFKLÄRUNG

Veröffentlichter Fragenkatalog und vollständige Aktenchronologie zu Risikoeinstufung, gerichtlichem Informationsstand, Haft, persönlicher und technischer Observation, Auswertungsrhythmen, Bewährung, Deradikalisierung und Warnsignalen; Untersuchungsausschuss bei verweigerter, widersprüchlicher oder unvollständiger Aufklärung.

7. ISLAMISTISCHE STRUKTUREN VERBIETEN UND STAATLICHE FÖRDERUNG BEENDEN

Vollständige Offenlegung der in Berlin betroffenen Vereins-, Personen-, Verfahrens-, Finanzierungs- und Förderbezüge; konsequenter Vollzug islamradikaler islamistischer Vereins- und Betätigungsverbote; priorisierte Bearbeitung von Verstößen und digitalen Ersatzstrukturen. Beendigung jeder direkten oder indirekten finanziellen Förderung islamistischer Vereine durch den Berliner Senat, verbunden mit einheitlicher Partnerprüfung, Ausschluss- und Rückforderungsklauseln.

8. LANDESSTRATEGIE GEGEN DIGITALE RADIKALISIERUNG

Bezifferter Aufwuchs für Online-Aufklärung; spezialisierte Analyse; Meldewege zu Strafverfolgung und Plattformen; Verfolgung bestehender Delikte; Fortbildung in Schule/Jugendhilfe; Trägerprüfung; Wirksamkeitsbericht zu Prävention und Deradikalisierung.

9. STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT REFORMIEREN UND AUSLÄNDISCHE GEFÄHRDER AUSWEISEN

Reform des Staatsangehörigkeitsrechts einschließlich Rückkehr zum Abstammungsprinzip; Erweiterung des § 28 StAG auf nachgewiesene terroristische Betätigung von Doppelstaatern – insbesondere Ausreiseversuch, Mitgliedschaft oder Ausbildung – unter Richtervorbehalt. Aberkennung der Staatsangehörigkeit bei Gefährdern ausschließlich innerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen. Ausländische Gefährder konsequent ausweisen und abschieben; Bericht des Senats über zweite Staatsangehörigkeiten, Aufenthaltsstatus und Vollzugshindernisse.